

Bfennige bei einem Wochenlohn von mehr als 10 Mk. 30 Pf. Der Verband liefert dafür nach 52 Beitragswochen bei eintretender Arbeitslosigkeit pro Tag 70 Pf. auf die Dauer von 10 Wochen, nach 104 Beitragswochen 85 Pf. pro Tag, gleichfalls auf die Dauer von 10 Wochen, ferner bei Streiks für Lebige 8 Mark, für Verheiratete 10 Mark pro Woche; bei Maßregelungen wird zweidrittel des Lohnes als Unterstützung gewährt. Der Verband gewährt ferner freien Rechtschutz bei gewerblichen Streitigkeiten und liefert seinen Mitgliedern die Zeitung „Solidarität“ unentgeltlich. Die Zastelle selbst wird ihren Mitgliedern noch örtliche Unterstützungszuschüsse liefern, die aber erst in der nächsten Versammlung, die am 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, in den Arminhallen stattfindet, beraten und beschlossen werden; es wird geplant, einen Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung zu geben und eine Sterbeunterstützung einzuführen. Es ist alles geschehen, was nur in Rücksicht auf die traurigen Verhältnisse der Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen geschehen konnte, ihnen ist die Möglichkeit gegeben, sich zu organisieren und dadurch ihre Lage zu verbessern.

Anmeldungen zum Verband und Beiträge werden jeden Sonnabend von 7—9 Uhr in der Beuthstraße 20, Restaurant „zur neuen Post“, entgegengenommen.

Anmeldungen können auch jederzeit an Frau Paula Thiede, W. 18, Ebingerstr. 27, v. IV, gerichtet werden.

Aufgenommen werden alle männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Stein-druckereien, einschließend der Steinschleifer, sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kupferdruckereien. Die sich Meldenden müssen das 16. Lebensjahr überschritten haben.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen, die Ihr die Kraft des Verbandes kennen und schätzen gelernt habt, helft hier Dreieck schlagen; Ihr seid die Kerntuppen der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, beweist, daß Ihr helfen wollt und könnt.

Crimmitschau.

Bedingungslose Aufnahme der Arbeit.

Beendet ist der lange, heiße Kampf. Die Arbeiterschaft wurde von diesem Beschluß aus höchste Überraschung; hatten doch alle, selbst die Aermsten der Armen, ihr Scherlein beigetragen, um die tapferen Streiter zu stützen, aus allen Gesellschaftskreisen waren Kundgebungen zu verzeichnen und überall stand man auf Seiten der Ausgesperrten und sprach ihnen Mut zu. Und ausgehalten haben sie, das muß anerkannt werden; denn wenn eine tausendblöpfige Menge monatelang ohne jede Versammlung in so vorzüglicher Ordnung und Ausdauer blieb, dann war damit der Beweis erbracht, daß die Kämpfenden von der Rechtmäßigkeit und unbedingten Notwendigkeit ihrer Forderungen vollständig überzeugt waren. Dieser gewaltige Kampf hat den Ausgesperrten große Opfer auferlegt, denn die Unterstützung konnte nur so eingeleitet werden, daß die Kämpfenden vor der größten Not geschützt waren. In den ersten Wochen wurden nur 4—9 Mk. und einschließend des Zuschusses für Kinder im Höchstfalle 12 Mk. Wochenunterstützung gewährt, je nachdem es sich um Lebige oder Verheiratete, Organisierte oder Unorganisierte handelte; später konnte die Unterstützung um je 1 Mk. und in der ersten Woche des Januar nochmals um 1 Mk. erhöht werden. Am 15. Januar waren nach den Feststellungen der Lohnkommission in den 79 Crimmitschauer Fabriken 1771 Streikbrecher, darunter 460 auswärtige! Außerdem 252 Meister, die nicht mit ausgesperrt waren; es war zu befürchten, daß allmählich ein Platz nach dem andern mit Abfallenden und Zugehenden besetzt würde, und ein allmähliches Abbröckeln war gleichbedeutend mit der Vernichtung der Organisation, dazu aber wollten es die Kämpfenden nicht kommen lassen. Schon in den ersten Tagen des Januar fand eine Vespredung statt, in welcher erwidert wurde, ob es geraten sei, den Kampf abbrechen, wenn mit einiger Sicherheit feststände, daß die Unternehmer auch die zweite Saison preisgeben wollen. Diese Sicherheit schien mitte Januar gegeben. All diese Gründe veranlassen, daß am Sonntag, den 17. Januar, von der Lohnkommission fast einstimmig beschlossen wurde, den Kampf abzubrechen. Wie gänzlich unvorbereitet dieser Beschluß den Ausgesperrten kam, erleben wir aus dem Bericht, den Legien über die Verhandlungen und Durchführung des Beschlusses gibt.

2. sagt: „Die Auszahlung der Unterstützung vollzog sich am Montag wie an allen früheren Tagen. Nach Schluß der Auszahlung traten die Obleute der Fabriken zusammen und die Lohnkommission berichtete über die gefassten Beschlüsse. Nur wenige Obleute sprachen sich gegen die Beendigung des Kampfes aus, mehr dem Gefühl folgend, ohne die Erwägungen zu verlassen, die den schweren Schritt notwendig erscheinen ließen. Schwer ist es allen geworden und nicht nur den Mädchen, welche als Obleute ihrer Fabrik eingetreten waren, um ältere Arbeiter vor Maßregelung zu schützen und umsichtig ihres Amtes gewaltig haben, sondern auch vielen im Kampfe um die Rechte der Arbeiterklasse ergrauten und abgehärteten Arbeitern, standen die heißen Tränen in den Augen, als der Beschluß gefasst wurde, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Nicht Sorge darum, was aus ihnen wird, die in erster Reihe von der Wut und Rache der Unternehmer getroffen werden, war es, was ihnen die Tränen abprekte, sondern das Gefühl der Empörung, durch die Gewaltmaßregeln der Nachhaber zu einem solchen Entschlusse gezwungen zu sein.

Um 8 1/2 Uhr abends wurde der Beschluß gefasst und nach einer halben Stunde war die Arbeiterschaft von dem Entschlusse durch ein Flugblatt unterrichtet. Es durfte bis zum letzten entscheidenden Augenblicke von den Beschlüssen der Lohnkommission nichts bekannt werden, weil nicht vorauszuhaben war, wie die Obleute sich entscheiden würden. So kam denn auch den Ausgesperrten die Nachricht völlig unerwartet und bald füllten sich die Straßen und Verkehrslokalitäten mit Frageuden, die an der Wichtigkeit der Nachricht zweifeln. Hier aber zeigte sich die Disziplin der Crimmitschauer Arbeiterschaft und das Vertrauen, das sie ihren zur Leitung berufenen Genossen und Genossinnen entgegenbringen. Auch diejenigen, welche ihre Gefühle nicht zu beherrschten vermochten und diesen laut Ausdruck gaben, sie stimmten den getroffenen Maßnahmen zu, nachdem ihnen klar gelegt worden war, warum nur so, wie geschehen, gehandelt werden mußte. Es gab kein Wort der Klage, auch bei jenen nicht, die wußten, daß für sie die Fabriken sich nicht wieder öffnen würden. Nur eins kam vielfach zum Ausdruck, was auch in der Sitzung der Obmänner erwähnt wurde, die Frage: „Wird die deutsche Arbeiterschaft uns nicht verachten, weil wir den Kampf aufgegeben haben?“ Ein alter ergrauter Obmann einer Fabrik sagte zu mir: „Ich weiß, daß ich nun aus dem Orte hinaus muß, aber schrecklicher als die Heimatlosigkeit wäre mir, wenn ich draußen von meinen Arbeitsgenossen verachtet würde, weil ich aus Crimmitschau bin. Die Not ist nicht so hart, wie der Verlust der Arbeiterehre.“ Ihm wie vielen anderen konnte ich erklären, daß die Arbeiterschaft sie nicht verachten, sondern hochachten würde, weil sie aus Gemeininteresse und um die Organisation zu erhalten, den Kampf abgebrochen, nicht aufgegeben haben, ehe noch die Widerstandskraft gebrochen ist. Und gerade für die organisierte Arbeiterschaft ist das Beispiel, das die Crimmitschauer gegeben haben, erhebend, ein Muster von Disziplin und Ueberlegung. Eine solche Arbeiterschaft kann einmal im Kampfe unterliegen, aber sie ist nicht zu besiegen.

Der Kampf war nicht vergeblich und es ist keine Ursache vorhanden, durch seinen Ausgang in pessimistische Stimmung zu geraten. Wer das, was am 18. und 19. Januar sich in Crimmitschau abspielte, gesehen hat, der weiß, daß in der Arbeiterschaft Kräfte vorhanden sind, die weber durch die gesamten staatsretterischen Mächte, noch viel weniger durch einen für die Arbeiter unglücklich verlaufenen Kampf gebrochen werden können.

Kein Klagen und Jagen, weber bei den Alten, die nach vierzigjähriger Tätigkeit in ein und derselben Fabrik, am Dienstag von den Fabrikanten, denen sie ihre ganze Lebenskraft geopfert haben, mit der lafonischen Bemerkung abgewiesen wurden: „Ihr Stuhl ist belegt“, noch bei den Jungen und am wenigsten bei den Frauen und Mädchen, die vielfach erklärten, nicht hineingehen zu wollen, wenn nicht die alten Arbeiter mit ihnen zurückkehren.

Eine Weisung, wie zur Arbeit zurückgekehrt werden sollte, war nicht gegeben. Wer aber annahm, daß am Dienstag früh die Arbeiter in Massen vor dem Fabriktor stehen und um Arbeit bitten würden, täuhten sich. Nur wenige hatten sich eingefunden, denen von den Obleuten gesagt wurde, daß sie zunächst im Kontrolllokal sich sammeln sollten. Von hier aus gingen die Ausgesperrten der kleineren Fabriken geschlossen, die der größeren entfalteten

Delegationen, welche nur mitschleichen hatten, daß beschlossen sei, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, zu den Kontoren der Fabrikanten. Die Antwort, die ihnen zu teil wurde, war nicht einseitlich, ein Zeichen, daß die Fabrikanten nicht Zeit gefunden hatten, sich durch Beschlüsse zu binden. Fast allgemein wurde gesagt, die Arbeiter sollen einzeln zur Arbeit sich melden. Andererseits sagten aber die Fabrikanten, daß sie schriftlich die einzelnen Ausgesperrten benachrichtigen würden. An drei Stellen wurden die Arbeiter für eine spätere Zeit bestellt. Von den sich einzeln Meldenden wurden die Hilfsarbeiter zum Teil angenommen, die erst die Vorarbeiten machen müssen, ehe die Weber mit der Arbeit beginnen können.

In den Spinnereien ist bis jetzt der größte Teil der früheren Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt. In den Webereien dürfte es noch einige Zeit dauern, bis der Betrieb völlig im Gange ist. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ waren am Sonnabend 5340 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, während vor dem Ausstand 7503 Personen beschäftigt waren. Von den Arbeitern sind 4844 Sachsen, 303 nichtsächsische Deutsche und 193 Ausländer. Es sind also noch 2760 Personen aus Crimmitschau arbeitslos.

So hat denn ein gewaltiger Kampf um den Existenzbedarf und geringe Lohnaufbesserungen seinen Abschluß gefunden; bewundernswürdig und einmütig hatten Tausende den Fehdehandschuh aufgenommen, den das Unternehmertum hochmütig und prächtig ihnen hingeworfen hat, und ebenso einmütig wurde nach langem, heißen Ringen und großen persönlichen Opfern jedes Beteiligten der Beschluß der Lohnkommission und Vertrauensleute, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, nach Möglichkeit zur Ausführung gebracht. Der heldenmütige Kampf der Crimmitschauer Weber und Weberinnen wird einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung finden.

Korrespondenzen.

Leipziger Kolleginnen in Buch- und Stein-druckereien! Mit der Errichtung unferes Arbeitsnachweises waren wir uns wohl bewußt, daß bei einer Neueinrichtung nicht gleich alles so von statten geht, wie dies gemeinhin wird. Wir erwarten nun, daß, soweit es am-Dispersional liegt, diese Zeiten genügen mögen, um Abhilfe zu schaffen.

Was fehlt nun in unserem Nachweis? Man höre: Anlegerinnen für Buch- und Steindruck. Der größte Teil unserer Kolleginnen aber arbeitet noch zu den denkbar niedrigsten Löhnen. Es gibt aber auch in Leipzig Drucker-eigentümer, die bei Bedarf über die übliche Scala hinausgehen. Soweit Ihr mit Euren jetzigen Plätzen unzufrieden seid, geht um Nachweis, erkundigt Euch, ob bessere Stellen gemeldet sind, pflegt den Verkehr und bald werdet Ihr den Nutzen einsehen. Wir haben noch zwei bis drei Monate flotten Geschäftsgang, benutzen wir diese Zeit, um unseren Arbeitsnachweis zu festigen. Wir erwarten, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Kolleginnen zu regerer Beteiligung zu veranlassen. Näheres nächste Versammlung (siehe Interat).

Der Verwalter des Arbeitsnachweises.

Berlin, Zastelle II. Der Vorstehende erstattete zunächst Bericht über die zuletzt stattgefundenen Druckerwerbungsversammlungen und war am 10. Januar bei Sempel & Co., sowie im Lokal-Anzeiger, Abteilung Stereotypie; am 13. Januar Galvanoplastik und Nationalzeitung; am 17. Januar Deutsche Worte und am 20. Januar Wittler & Sohn. Des weiteren berichtet der Vorstehende über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Vorstande des Maschinenmeistervereins betr. Verdrängung der Tiegeldrucker durch gelernte Maschinenmeister, wonach derselbe erklärt hat, daß diese Forderung nicht neu ist, da dies schon im Tarif festgelegt sei und übrigens die neueren Systeme, wie Liberty, Phoenix und Victoria ohne Frage als Buchdruckmaschinen zu bezeichnen seien. Falls sich jedoch gelernte Buchdrucker in unseren Reihen befinden, sollen sich dieselben zur Aufnahme im Buchdruckerverband melden, den übrigen aber würden ihre bisherigen Stellen belassen. Diese Auskunft hält der Kollege Fesler für ungenügend und beantragt, da wenig Tiegeldrucker angewandt sind, den Punkt in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen, damit dieselben zu ihrem Rechte kommen, welchem zum Schluß auch statgegeben wird. Des weiteren habe der Vorstand in Erfahrung gebracht, daß mehrere in festen Stellen befindliche Kollegen noch anderweitig Mächte „schleichen“ und macht auf die hierdurch entstehenden Konsequenzen aufmerksam. Auch warnt Kollege Gleich vor weiteren Sammlungen für ein inwalides, an-

gültig seit Gründung des Verbandes zugehöriges Mitglied Friedrich Lonn, da derselbe schon seit Jahren dem Verbande abgetrennt ist. Dierauf überweist der Vorstand eine Angelegenheit des Kollegen Feil der Verammlung, welcher schon nach achtstägiger Beschäftigung bei der Firma Sittenfeld Wohnzulage gefordert, aber nicht erhalten hat, infolgedessen seine Stellung verließ, jedoch dieselbe von einem inaktiven Buchdrucker beletzt worden ist. Da Kollege Feil aus ähnlichen Gründen schon viele Stellen verlassen hat, u. a. in der Wilson-Gesellschaft Lemm, Illstein, Schuhmacher, Vorwärts, Nationalzeitung usw., folglich seinem Konto gemäß ausgeschliffen werden müßte, wird ihm auf Antrag Falkenberg zum letztenmal eine scharfe Rüge erteilt. Kollege Gloth teilt mit, daß bei Woffe der „Eisener“ seinen Einzug gehalten habe und die Geschäftsleitung betreffs Anstellung von Anlegern daran gehindert habe, sich nach der „Partei-Druckerei“ richten zu wollen, in welcher leider immer noch minder-bezahlte bzw. jugendliche Vogenfänger beschäftigt sind. Dierauf macht Falkenberg auch auf die elektrischen Papiertransportwagen an Zwillingmaschinen aufmerksam, die gleichfalls als Konkurrenten bezeichnet werden könnten. Dierauf heißt der Vorsitzende 52 neuaufgenommene Kollegen mit den üblichen Ermahnungen und Aufmunterungen herzlich willkommen. Zu Punkt 3 „Streikung des § 1 unseres Statuts“ entpinnst sich eine reichlich zweiwöchentliche Debatte, in deren Verlauf sich die Kollegen Lohdahl, Baumgarten, Reinte und Freese für die Streikung erklären und zwar ausschließlich aus idealen Gründen, die aber von den Kollegen Weich, Moritz, Falkenberg, Jäbide, Kubfeld, Andree, Gloth und Bendert als haltlos und inflationell bezeichnet werden. Weich führte an, daß die Veranlassung hierzu bereits auf dem letzten Verbandstage, zuletzt aber hauptsächlich seitens des Zentralvorstandes gegeben worden ist. Der Vorstand habe diese Angelegenheit nochmals reichlich durchdacht und ist zu dem Schluss gekommen, daß diese Abänderung vom idealen Standpunkte aus wohl richtig sei, weil selbst jeder indifferente Arbeiter berechtigt, beim verpflichtet sei, sich einer Organisation anzuschließen, jedoch vom materiellen Standpunkte nicht, denn die ohnehin schon durch die Konkurrenz des „Eisener“ hart bedrängten Anleger könnten die der Vogenfänger nicht mehr nachtragen. (? Neb.) Die oft aufgeworfene Frage des „Nachwuchses“ würde von selbst durch die technischen Neuerungen vollumfänglich beantwortet, was vor allen Dingen berücksichtigt werden müsse. Kollege Gloth bezeichnet die Vogenfänger als Gelegenheitsarbeiter, da auch viel ältere Leute darunter seien, die bei passender Gelegenheit doch wieder auscheiden würden. Auch können nicht nur Vogenfänger in Betracht, die lediglich an Nachdruckmaschinen arbeiten, sondern auch jugendliche Notationsarbeiter, die alle mit ihrem Eintritt die gleichen Rechte beanspruchen würden, die wir uns durch jahrelangtelanges Arbeiten erworben haben. Kollege Jäbide ist der Ansicht, daß wir auf den Idealismus nicht so großen Wert legen können, sondern kämpfen müssen wie bisher, weil wir noch lange nicht genug materielle Rechte haben, um diesen Leuten freiwillig etwas abzutreten. Darum müßten diese Leute selbst ihr Heil versuchen, um sich bessere Bedingungen zu verschaffen, das braucht aber nicht in unserem Rahmen zu sein; sie könnten sich auch der Zahlstelle III anschließen bzw. sich überhaupt organisieren. Kollege Weich bringt im Schlußwort noch zum Ausdruck, daß wir vor allem in unseren Reihen selbst noch viel zu organisieren haben, folglich keinen Grund haben, die Vogenfänger zur Stärkung unserer Zahlstelle heranzuziehen. Dierauf wird auf Antrag des Kollegen Jäbide die Streikung verneint. Unter Verschiedenem moniert Kollege Weich noch den Artikel in Nr. 26, 1903, der „Solidarität“, Arbeitsvermittlung und Arbeitsnachweise“, welcher in zwei aufeinanderfolgenden Sägen den paritätischen Nachweis verweigert, ihn aber auch wiederum als eine unabweisbare Notwendigkeit hinstellt. Als Verfasser dieses Artikels bekennt sich Kollege Lohdahl, wälzt jedoch die Schuld dieses Widerspruchs auf die Redaktion, worauf ihm Kollege Weich empfiehlt, sich beschwerdeführend an die Preßkommission zu wenden. Mit einem Hoch erfolgt um 7 Uhr Schluß der Verammlung.

Berlin. Gründung der Zahlstelle III (Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen). Der Verbandsvorstand berief für den 10. Januar eine öffentliche Verammlung bei Feuerstein ein, welche sich mit der Gründung einer dritten Berliner Zahlstelle unseres Verbandes zu befassen hatte. Nachdem die Kolleginnen Thiede und Müller als Vorsitzende und Kollege Pucher als Schriftführer ins Bureau gewählt wurden, referierte Kollegin Hanna über den Wert der Organisation für die Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Rednerin schilderte den Emanzipationskampf der Arbeiterin seit dem Insetreten der Gewerkschaftsbewegung, um dann ein Bild von der Entwicklung und dem Wirken unseres Verbandes zu entrollen. Der beste Beweis

für den Wert des Verbandes ist die Steigerung der Löhne für Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche nach 13-jährigem Bestande der Organisation über 30 pCt. beträgt. Dies ist nicht der Gutwilligkeit der Unternehmer zu danken, sondern den für Verbandsmitglieder geschaffenen Institutionen. In den Steindruckereien, wo die Organisation bis jetzt nur schwer, teilweise gar nicht eindringen konnte, sind die Verhältnisse immer noch die traurigsten. Rednerin charakterisiert das Betreiben der Druckereibesitzer, die zum Schutze der Arbeiterinnen erlassenen Bundesratsvorschriften und gewerbebegleitliche Bestimmungen auf jede Weise zu umgehen und zwar meistens mit Erfolg, da die unangesehene Arbeiterin, der die Organisation etwas fremdes ist, nicht weiß, daß der slawische Zustand, unter dem sie leidet, ein unwürdiger ist und sich durch den Zusammenschluß der Gesamtheit ändern läßt. Der Verband schützt seine Mitglieder durch Arbeitslosenunterstützung und durch Arbeitslosentzug in wirksamer Weise gegen die bedingungslose Auslieferung an das Unternehmertum, wachst über die strikte Durchführung der Arbeiterzuschüsse und sticht den Mitgliedern in jeder Weise schützend und helfend zur Seite. Die Referentin schloß ihre Ausführungen mit einem Appell an die anwesenden Unorganisierten, aus ihrer Leihgarnie zu erwachen und einzutreten in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen und Kolleginnen. Durch lang andauernden Beifall gab die Verammlung ihrem Einverständnis mit den Darlegungen der Referentin Ausdruck. Kollege Meißner forderte im selben Sinne auf, eine spezielle Zahlstelle für diese Arbeiterkategorie zu gründen. Steinbruder Wurzel entwirft ein Bild von den traurigen Zuständen, unter denen die Arbeiterinnen in den Steindruckereien leben. Teilweise tragen auch die Gehilfen Schuld daran, weil sie zu wenig für die Organisationsbestrebungen Propaganda machen. Das Verwehren ist das Prämiensystem, wobei sich die Arbeiterinnen aufreiben, um einige Pfennige mehr zu verdienen. Für Ueberstüßigen werden teilweise noch 20 und 25 Pf. Entschädigung bezahlt. Kollege Schönau bespricht die sanitären Mißverhältnisse in manchen Betrieben und fordert auf, alle Mißstände sofort der Vereinsleitung mitzuteilen, um mit den traurigen Verhältnissen endlich einmal aufzuräumen. Nachdem noch die Kollegen Meißner und Wurzel in ähnlichem Sinne gesprochen und letzterer die Zustände in der Druckerei D. & Sch. einer eingehenden Kritik unterzogen, schilderte Kollegin Thiede die Schwierigkeiten, welche sich einer Agitation unter dem Steindruckerei-Hilfspersonal entgegenstellen. Die Hilfsarbeitervereine haben im Jahre 1895 eine Anzahl ihrer in Steindruckereien beschäftigten Mitglieder an den Gehilfenverband ab, der dieselben nach einem unglücklichen Streik wieder im Jahre 1898 ausschloß und von über 80 nur noch 5 zurückverweisen konnte. Sätten wir von Anfang an mit und für die Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen arbeiten können, wären auch die Verhältnisse entschieden bessere geworden. Kollege Pucher führt aus, daß die Veruche, das Steindruckerei-Hilfsarbeiterpersonal in die bereits existierenden Zahlstellen aufzunehmen, teilweise an der schon ziemlich hohen Beiträge und an der Erkenntnis, daß die Interessen dieser Kategorie von graphischen Arbeitern nicht in wirksamer Weise vertreten werden könnten, gescheitert sind. Redner stellt den Antrag, eine Zahlstelle III für alle graphischen Arbeiter zu gründen. Nach einem Schlußwort der Kollegin Hanna wird dieser Antrag einstimmig angenommen. Während einer Pause von 15 Minuten werden Neuaufnahmen vorgenommen. Auf Antrag des Kollegen Pucher wird die Wahl von vorläufig drei Verbandsmitgliedern vorgenommen und zwar Kollege Schönau als Vorsitzender, Grimm als Kassierer und Kollege Kehler als Schriftführer gewählt. Nach Erledigung des Punktes „Verschiedenes“, bei welchem die Kollegin Feste und Kollege Meißner die Unterstützung der Zahlstellen I und II bei der Agitation zusichern, schließt Kollegin Thiede die Verammlung mit einem Hoch auf den Verband und die neugegründete Zahlstelle um 7 1/2 Uhr.

Crimmitschau. Bericht der General-Verammlung vom 12. Januar 1904. Der Vorsitzende eröffnete die Verammlung um 9 Uhr und heißt die Anwesenden im neuen Jahre herzlich willkommen. Nachdem wieder einige Mitglieder aufgenommen, ermahnt der Vorsitzende dieselben, recht treue und eifrige Mitglieder zu bleiben. Dierauf gibt der Kassierer D. Dreßler den Kassenbericht, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Nachdem der Revisor erklärte, alles in bester Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Vorsitzende gibt hierauf den Jahresbericht und führt ungefähr folgendes aus: „Unsere Zahlstelle wurde am 1. Januar 1903 mit einer Mitgliederzahl von 59 Personen gegründet und waren wir am Schluß des 1. Quartals unserer Zahlstelle auf 74 Mitglieder angewachsen. Es trat hierauf Stillstand ein. Nachdem am 19. Mai

im Kleinkalender zu Leitelsbaur eine öffentliche Verammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buch- und Steinbrudergewerbe stattgefunden und in derselben unsere Verbandsvorsitzende Kollegin Thiede in vortrefflicher Weise referierte, hatten wir wieder Aufnahmen zu verzeichnen und können jetzt nach Schluß des ersten Jahres auf einen schönen Erfolg zurückblicken, haben wir es doch jetzt bis auf 104 Mitglieder gebracht. Im verfloffenen Jahre haben 6 Vorstandswahlungen, 12 Mitgliederverammlung und eine öffentliche Verammlung stattgefunden. An die Hauptkasse wurden insgesamt abgeliefert 783,55 Mark. Trotzdem wir nun mit dem Erfolg im ersten Jahre zufrieden sein können, so müssen wir doch bedauern, daß wir seit Bestehen unserer Zahlstelle bereits 36 Abmeldungen zu verzeichnen haben, welche natürlich fast ausnahmsweise deshalb erfolgen, weil die betreffenden die Arbeit aufgeben und in andere Betriebe übergehen, wodurch sie dann unserem Verbandsverbande verloren gehen. Offen wir nun, daß auch im kommenden Jahre wieder so erfolgreich gearbeitet wird. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen D. Jung als Vorsitzenden, als Kassierer wird Kollege Gustav Vogel gewählt, nachdem Kollege D. Dreßler ablehnte; Revisoren: Wienhold, Bunge und Kollegin M. Hoffmann. Nachdem noch die Wahl der Unterkassierer erledigt und noch über Verschiedenes diskutiert war, erücht Kollege Jung nochmals alle Anwesenden, zu dem am 24. Januar stattfindenden 1. Stiftungsfest zahlreich zu erscheinen und schließlich derselbe hierauf die gutbesuchte Verammlung.

Strasbourg i. G. Bericht der ordentlichen General-Verammlung vom 17. Januar 1904. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich wieder 5 Kollegen aufnehmen ließen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, teilte Kollege Burticher mit, daß dem Bunde der Kollegen der „Strasburger Post“, die Verammlung auf den 24. Januar zu verschieben, nicht entsprochen werden konnte, weil die Zeit zu kurz war, die übrigen Kollegen davon zu benachrichtigen. Kollege Geisler jedoch stellte den Antrag, die Verammlung zu verschieben, weil mehrere Kollegen genannter Firma verhindert wären zu erscheinen. Diesem traten die Kollegen E. Wolff und Cabalion entgegen und wurde der Antrag abgelehnt. Nach Annahme des Protokolls gab der Kassierer den Kassenbericht pro 1903, aus welchem hervorging, daß der Kassenbestand sowie die Mitgliederzahl bedeutend gestiegen ist. Auf Antrag des Revisors wird dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Burticher gab die Tätigkeit des Vorstandes bekannt, welcher sich alle Mühe gab, Druckereiverbände zustande zu bringen, wodurch wir unsere Zahlstelle beinahe verdoppelt haben. Auch wies er darauf hin, daß wir auch das als Erfolg bezeichnen können, daß wir uns endlich wieder entschlossen haben, dem Zentralverbande beizutreten. In der Hoffnung, denselben für immer treu zu bleiben und mit der Aufforderung, mit ihm in ein dreifaches Hoch auf den Zentralverband einzustimmen, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Auf Antrag des Kollegen Dufur wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Der Bericht über das Stiftungsfest war nicht besonders erfreulich, da wir nur einen Ueberüberschuß von 4,25 Mk. erzielt haben. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Kartellbericht vertagt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Jos. Burticher erster, Geisler zweiter Vorsitzender; Arb. Wolff, Kassierer, E. Dufur, Schriftführer, Benede, Revisor; als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Dietrich und Dufur gewählt, als Revisoren die Kollegen Cabalion und Baumann. Unter Verschiedenem beantragt Kollege E. Wolff eine Teller-Verammlung zu veranstalten und den Erfolg derselben mit dem Ueberüberschuß des Festes den wackeren Kämpfern nach Crimmitschau zu schicken. Der Ueberüberschuß wurde bewilligt, aber eine Teller-Verammlung zu veranstalten wurde abgelehnt. Statt dieser soll eine Sammelliste zirkulieren, damit auch die der Verammlung ferngebliebenen Kollegen ihr Scherflein dazu beitragen. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Verammlung geschlossen werden.

Breslau. Bericht der ordentlichen General-Verammlung vom 18. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende auf die Reichhaltigkeit derselben aufmerksam und ermahnte die Anwesenden, während der Debatte recht sachlich zu bleiben und die persönlichen Reibereien, die in letzter Zeit besonders stark hervorgetreten seien, zu unterlassen. Dierauf wurde das Protokoll der letzten Verammlung verlesen und genehmigt. Nach der Beitragszahlung wurden die Restanten verlesen. Dieselben repräsentieren einen Restbetrag von ca. 90 Mark. Trotz heftiger Für- und Gegenreden wurden folgende Kollegen ausgeschliffen: Schade, Huban, Profet, Buttke II, Görke, Rischmann, Panghammer, Wojciechowski, Köschig und Schleinböck. Des weiteren wurde beschloffen, die Sammlungen für die ausgeschliffenen Weber in Crimmitschau fortzusetzen zu lassen und sollen dieselben etwas intensiver betrieben werden. Das neue Unterstützungsreglement wurde, wie vom Vorstand vorge schlagen, einstimmig

angenommen. Zum Delegierten für das Gewerkschaftsartell wurde Kollege Müller wiedergewählt. Die Berichtlerstattung desselben, sowie die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden auf Antrag des Kollegen Nieble wegen vorrückter Zeit vertagt. — Nächste Mitgliederversammlung am 15. Februar. E. W.

Hannover. Generalversammlung vom 18. Januar. Der Vorsitzende eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und erteilte dem Arbeitersekretär Gen. A. Schröder das Wort zu seinem Vortrag: „Wollen und können wir dieses Jahr in eine Lohnbewegung eintreten?“ Der Redner besprach die örtlichen Verhältnisse sehr eingehend und meinte, daß man an der immerhin noch geringen Mittelbeschäftigung kaum die vorhandene Not erkennen könne, denn von ca. 300 in Hannover Beschäftigten seien nur 70 organisiert! Aber die Löhne zeigen, daß Not vorhanden sein muß und bemittelt Redner an Beispielen, daß auch hier eine Verbesserung durchzuführen ist, wenn die Kollegen nicht alle zu leistende Arbeit dem Vorstand allein überläßt, sondern nach Kräften die Agitationsarbeit fördern hilft und macht Vorschläge, wie die Arbeit am besten einzuteilen ist, um erfolgreich gefördert zu werden. Die Versammlung spendet dem Redner reichen Beifall. Hierauf erstattet Renke den Jahresbericht über die Tätigkeit des Vorstandes. In der sich hier anschließenden Vorstandswahl wird als 1. Vorsitzender Kollege Renke wiedergewählt, als zweiter Kollege Stöber, als Kassierer Kollege Arndt, als Schriftführer Kollege Seibel, als Beisitzerin die Kollegin Holzhausen; als Kartelldelegierter wurde Kollege Glaubertstein, als Revisoren die Kollegen Biedmeier und Niel gewählt. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, am 20. Februar ein Vergnügen bei Wiebbrauf (?) abzuhalten. Dann gab Kollege Renke bekannt, daß das Gewerkschaftsartell beschlossen hat, eine Arbeitslosenabteilung vorzunehmen und fordert die Kollegen und Kolleginnen auf, sich daran nach Kräften zu beteiligen. Fr. G.

Dresden. Die am 19. Januar abgehaltene Versammlung war schwach besucht. Herr Dr. med. Engelmann hielt einen Vortrag über: „Das Kopienrecht im Bier“. Reicher Beifall wurde dem Redner zu Teil. Kollege Nide gab den Kartellbericht und entspann sich hierauf eine Debatte über den Streif der Weber in Grimmitzschau. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Nide wiedergewählt. Kollege Thuroich gab den Vierteljahresbericht wie folgt: Einnahme 908,94 Mk., Ausgabe 394,84 Mk., Bestand 514,10 Mk. Die Sprechzeit des Vertrauensmannes wurde Wochentags abends von 6—8 und Sonntags vormittags von 8—11 Uhr festgelegt; dieselbe soll auf den Versammlungsformularen noch bekannt gegeben werden. Die Nennwahl von zwei Kommissionsmitgliedern wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es entspann sich noch eine Debatte betreffs der Hauskassierer, worauf Schluß der Versammlung erfolgte. H. S.

München. Am 25. Januar fand eine Versammlung statt, in welcher Kollegin Centa Cantmann über Frauenrechte und Frauenarbeit sprach. Kollegin Cantmann erledigte sich ihrer Aufgabe in sehr eingehender und leicht verständlicher Form und zeigte an Beispielen aus der früheren Geschichte und der Gegenwart, daß die Pflichten der Frauen heute größer, ihre Rechte aber bedeutend geringer geworden sind, dadurch aber, daß sie als Rechtlose und Unterdrückte sehr gezwungen sind, aus Not für die Erhaltung der Familie mitzuwirken, werden sie zu Lohnrückerinnen; denn die Rechtlosigkeit hat auch das Verständnis für die wirtschaftlichen Fragen nur ganz selten und oft recht kümmerlich entwickelt. Belehrung und Erwecken des Selbstgefühls kann aber nur in den Reihen der Organisation erzielt werden. Darum müßten die Frauen versuchen, mit Energie ihren Gesichtskreis zu erweitern und die Erfahrung hat gelehrt, daß gute Arbeiterinnenorganisationen wertvoll und bedeutend für die gesamte Arbeiterbewegung sind. — Als Gast war Frau Niedemeier, Vorsitzende des Münchener Kellnerinnen-Vereins, anwesend und beteiligte sich an der Diskussion; gleichzeitig schilderte sie auch die traurige Lage ihrer Kolleginnen. Unter Vereinsangelegenheiten gab Vorsitzender Schmid folgende Resolution bekannt, welche dem Magistrat überwiehen werden soll: „In Erwägung, daß dem Antrage des Gewerkschaftsvereins vom 27. September 1902, die Arbeitslosenabteilung, und die Eingaben des Holz- und Metallarbeiterverbandes vom 5. Oktober 1902, die Arbeitslosenabteilung betreffend, seitens des Magistrats nicht entgegen ist, spricht die heutige Versammlung der großstädtischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ihre entschiedene Mißbilligung über die Verzögerung der so dringenden Angelegenheiten aus und erwartet, daß nunmehr die Vorbescheidung schnellstens geschehen wird. Bei der hohen sozialpolitischen Bedeutung, welche die Arbeiterfürsorge ohne Zweifel hat und in fernerer Erwägung, daß bereits eine Anzahl Städte derartige Einrichtungen getroffen haben, dürfte die

Haupt- und Residenzstadt München gleichfalls nicht säumen, diesen berechtigten Ansprüchen der Arbeiter Rechnung zu tragen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Vorsitzender Schmid gab nun bekannt, daß bis Anfangs März eine allgemeine Lohnbewegung in München stattfinden wird, und daß statische Bogen ausgegeben werden, damit die Verwaltung einen genauen Überblick über die Verhältnisse in den Geschäften hat. Ferner tabelt der Vorsitzende, daß in der letzten Vertrauenspersonen-Sitzung mehrere Geschäfte nicht vertreten waren; er erücht, wenn die Vertrauensperson an der Beteiligungsverbändung ist, in jedem Falle eine Vertretung zu senden. Auch macht Herr Schmid bekannt, daß sich eine Beitragserhöhung notwendig macht und schlägt vor, 5 Pf. Vorkaufschlag zu erheben, dadurch wird die Verwaltung besser arbeiten und auch den Arbeitsnachweis besser ausbauen und an den Tagesstunden geöffnet haben können, was sehr nicht gesehen kann. Dieser Antrag des Vorstandes wird am 20. Februar zur General-Versammlung auf der Tagesordnung stehen und findet diese Versammlung in Peterstraße statt. An der Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen in zustimmendem Sinne. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung, woran sich ein gemütliches Beisammensein schloß. M. W.

Rundschau.

Vom Schutze der Arbeitswilligen. Daß der § 153 der Gewerbeordnung ein Ausnahmegesetz einzig gegen die Arbeiter ist, muß auch dem Mindesten einleuchten, wenn er folgende beiden Gerichtsentcheidungen vergleicht. In Schleiß hatte der Arzt Dr. Franz anlässlich des Grazer Wertestreiks bei der Textilbetriebskassantente in bezug auf die arbeitswilligen Wertge sagt: „Lumpen gibts in jedem Stande“. Drei Wertge, die sich hierdurch beleidigt fühlten, stellten Strafantrag und das Schöffengericht in Schleiß verurteilte Dr. Franz zu 60 Mk. Geldstrafe. Den Klägern erschien das Urteil zu niedrig, weshalb sie Verwahrung einlegten. Die Strafkammer verwarf jedoch die Verwahrung kostenpflichtig, und zwar ist sie der Meinung, daß Dr. Franz sich in einer leicht erklärlichen Erregung befunden hat, weil die Kläger die Stellen ihrer im Streit befindlichen Kollegen bejezt haben!

Welche Strafe eines streifenden Arbeiters erwartet hätte, der in leicht erklärlicher Erregung über den Streikbruch arbeitswilliger Kollegen die gleiche Ausbeurteilung getan hätte, braucht man nur durch die Erinnerung an die bekannten Breslauer Urteile anzudeuten. Aber die Breslauer Richter stehen nicht weislich allein: sie haben Nachfolger in Magdeburg gefunden. Das Magdeburger Schöffengericht, das schon einmal einen Arbeiter zu 1 Monat Gefängnis verurteilt hatte, weil er einen Arbeitswilligen aufsuchte, mitzuführen und ihm Hoffnung auf Verbandsunterstützung machte, hat abermals zwei Arbeiter wegen völlig unersinnlicher Ausbeurteilungen zu 3 und 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Bau-deputierte Lorenz hatte ein früheres Mitglied Wütcher des Bauarbeiterverbandes, der jetzt der „Freien Vereinigung“ angehört, aufgefordert, dem Verband wieder beizutreten oder wenigstens Vorkauf zu entnehmen, und nach dessen Weigerung erklärte, er wolle das dem Vertrauensmann melden, der die Sache schon in Ordnung bringen werde. Nach einiger Zeit kam der Vertrauensmann Uebe und erneuerte die Aufforderung an W., erreichte aber ebenfalls nichts und ging mit der Ausbeurteilung: „Dann wird sich das schon finden“. Diese beiden Ausbeurteilungen sollen nach Ansicht des Schöffengerichts ganz besonders schwere Probenungen enthalten und bedeuten, daß der Betroffene aus der Arbeit gebracht werden sollte. Damit begründete das Gericht die schweren Strafen.

Man muß also Arzt sein, oder wenigstens den sogenannten gebildeten Kreisen angehören, um bei manchen bürgerlichen Richtern Verständnis für Standesehre und Massenbewußtsein, für Organisation und Solidarität zu finden. Ein hochgebildeter Mann, der sich in seiner Erregung so tief vergriff, den beschimpften Namen Lumpen gegen unsolidarische Elemente zu gebrauchen, fand äußert nachsichtige Richter; ungebildete Bauarbeiter, die sich peimlich bemühen, die Grenzen des Anstandes zu wahren, wandern gleich Verbrechern ins Gefängnis. Wann endlich werden die Gerichte einsehen, daß diese geradezu aufreizende Rechtsungleichheit das Vertrauen zur staatlichen Justiz sicher untergraben muß?

Im Nr. 2 der „Deutschen Juristen-Zeitung“ schießt ein Amtsrichter Gerold die Frage aus, daß durch deutsche Volk ein Mann gehe von begründetem Mißtrauen in die Rechtspflege. — ja er spricht sogar von betruhter Rechtspflege, und er spricht in seinem warnenden Artikel von einem einseitigen Gegenab zwischen Volk und Staat, an

dessen Entziehung die Vertreter der Rechtspflege nicht ganz ohne Schuld seien. Andererseits redet er von gewissenlosen Demagogen, die viele auf falschen Voraussetzungen beruhenden Gesühle nähren. Wir meinen, daß es nur der Gegenüberstellung der vorerwähnten Urteile bedarf, um das Volk über die Tendenzen der heutigen Rechtspflege aufzuklären. Wer das Vertrauen des Volkes zur staatlichen Justiz wieder herstellen will, der muß vor allem die Rechtsgleichheit in Gesetz und Richterpruch erstreben und die Politik aus den Gerichtshäfen verbannen. So lange die Justiz ihre Aufgabe darin erblickt, unverbundene, aber staatlich nicht genehme Koalitionsbestrebungen der Arbeiter zu verfolgen, so lange kann der Arbeiter zu ihr kein Vertrauen empfinden.

Das preussische Kammergericht hat betreffs der Einreichung von Mitgliederlisten abermals entschieden, daß die Polizei kein Recht habe, ein neues, vollständiges Register der Mitglieder eines Vereins zu verlangen, wenn derselbe seiner Anmeldepflicht nachgekommen sei. Nur in den Fällen, wo ein Mitgliederverzeichnis verloren gegangen oder unbrauchbar geworden oder der Polizei unter diesen Umständen eine Auskunftserteilung verweigert worden sei, kann die Polizei ein neues vollständiges Verzeichnis einfordern.

Vom „Recht“ des deutschen Gefindes. Das Schöffengericht in Zabrze (Oberschlesien) sprach einen Eisenbahnbeamten, der einen bei ihm bediensteten Knecht am Halse gemüht und dann mit einem Krüdstode durchgeprügelt hatte, kostenlos frei. Begründet wurde das Urteil damit, daß in der Anwendung des Krüdstodes im vorliegenden Falle eine Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges nicht zu sehen sei, daß eine einfache Körperverletzung allerdings vorliege, aber strafrei bleiben müsse, weil der angeklagte Dienstherr durch die vorhergegangene Weigerung des Mißhandelten, einen Befehl auszuführen, beleidigt worden sei und deshalb ein Recht hatte, sich Genugtuung zu verschaffen!

Briefkasten.

H. N. Ihre Erwiderung in der Schleiffrage stellen wir noch zurück, wir wollen erst die fenographische Uebersetzung der Schleifkonferenz bringen. Wir hatten doch richtig vermutet, als wir annahmen, es könnte bei der Fertigstellung des Protokolls manches, was für uns wichtig ist, „vergesen“ werden, daß man aber sogar „bergesen“ hatte, daß zwei namentliche Abstimmmungen beim Punkt Organisationsfrage stattgefunden haben, das war allerdings nicht zu ermarren. Warum also in die plumpe Falle des Herrn D-o. gehen und uns über Dinge streiten, um die es sich garnicht handelt? Bleiben wir bei der Schleiffrage und den nicht zu widerlegenden Tatsachen, das ist auch D-o. am unangenehmsten; sein ganzes Streben geht ja danach, aus der Schleiffrage einen persönlichen gegenseitigen Streit zu machen, nun, das gelingt D-o. nicht! Und uns mit anonymen Artikelschreibern über unsere Organisationsstatistik zu unterhalten, ist auch nicht unsere Gewohnheit. Uns genügt, daß wir mit unserer Arbeit und unseren Einrichtungen für unsere Mitglieder ganz bedeutende Verbesserungen bezüglich der Löhne und Arbeitsbedingungen erzielt haben, an einer Anerkennung unserer Arbeit durch einen D-o. ist uns kein Vota gelegen.

Versammlungsanzeigen.

Grimmitzschau. Dienstag, den 2. Februar 1904, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Magdeburg. Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Thiering, Tischlerkrugstr. 28: Versammlung.

Zahlstelle Leipzig, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Bau- und Kleindrudereien.

Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im großen Saale der „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25-27.

Tagesordnung: 1. Vortrag, Referent: Frau Dr. Dunfer-Leipzig. 2. Diskussion zum Vortrag. 3. Wahl eines Kartelldelegierten. 4. Verfassungsgesetze.

Nach der Versammlung: **Geselliger Abend** da selbst.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Euren Wunsch berücksichtigt und auch diese Versammlung an einem Sonntag anberaumt, um erwarten daher auch eine zahlreiche Beteiligung. Verursachen Sie und Kollegen, welche noch nicht Mitglieder sind, helfen wir willkommen.

H. N. Der Vertrauensmann. Gleichzeitig fordern wir auf, zwecks Kontrolle die Mitglieds-Bücher einzureichen. — Beiträge werden in der Versammlung angenommen.